

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 25.— Mk., vierteljährlich 75.— Mk.
Redaktion: Am Spenshaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Zeile 5.— Mk., von obenwärts 7.— Mk. Werbetexte u. Wohnungsanzeigen nach Bel. nach, die 3-spaltige Zeile 15.— Mk., von obenwärts 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Anzeigen bis 11 Uhr. — Postabnahme Danzig 1922. Expedition: Am Spenshaus 6. — Telefon 720.

Nr. 173

Mittwoch, den 26. Juli 1922

13. Jahrgang

Die Reichsregierung gegen die bayerische Auflehnung.

Aus Berlin wird uns amtlich gemeldet: Die Weigerung der bayerischen Regierung, das Reichsgesetz zum Schutze der Republik durchzuführen, und die Verordnungen der bayerischen Regierung haben eine ernste politische Lage geschaffen, mit der sich die Reichsregierung in mehreren Sitzungen befaßt hat. Es ist verständlich, daß auf die Anwesenheit sämtlicher Reichsminister besonderer Wert gelegt wird, ehe eine Entscheidung getroffen wird. Die Mitglieder der Reichsregierung werden voraussichtlich im Laufe des morgigen Tages alle in Berlin eintreffen. Der Reichsernährungsminister Fehr hat bereits an der gestrigen Sitzung des Kabinetts teilgenommen. Der Reichswehrminister Dr. Gessler wird heute erwartet. Die Reichsregierung wird in ruhiger Entschlossenheit die Interessen und die Rechte des Reiches zu wahren wissen. An der Rechtsungültigkeit der bayerischen Verordnung wird in Regierungskreisen ein Zweifel nicht gehegt. Die Verordnung kann nach Artikel 48 vom Reichspräsidenten oder vom Reichstag aufgehoben werden. Auch mit dieser Möglichkeit beschäftigt sich das Kabinett.

Bayern beharrt auf seinem Standpunkt.

Der bayerische Landtag nahm gestern zu der Sabotage-Verordnung der Landesregierung Stellung. Ministerpräsident Graf Verchenfeld führte aus:

Die unseltsame und unsinnige Freveltat an Mathenau habe das Reich und das deutsche Volk in eine schwere Krise gestoßen. Die bayerische Regierung sei sofort bereit gewesen, dem Reich alles zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Staatsform Notwendige zu geben, in der auch sie nach den gegenwärtigen Verhältnissen die allein mögliche Staatsform sehe. Mit solchen Repressivmaßnahmen könne aber das Ziel nicht erreicht werden, nur eine mittlere Linie der Politik hätte versöhnend wirken können. Leider sei diese Linie in Berlin nicht eingehalten worden, die Maßnahmen erhielten einen Ausnahmeharakter. Sie nahmen die Richtung auf eine Klassenherrschaft und auf einen Einheitsstaat an. Bayern habe alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft, um die Wesenszüge dieses Charakters zu entkleiden. Nicht unerhebliche Verbesserungen seien erreicht worden. In wesentlichen Punkten seien aber die Anträge Bayerns nicht angenommen worden, so namentlich in der Frage des Staatsgerichtshofes. Das Reichsbeamtengesetz berühre die bayerischen Landesbeamten zwar nicht unmittelbar, aber auch für sie seien damit Gefahren verknüpft. Das Reichskriminalpolizeigesetz bedeute die Ausschöpfung der Eigenstaatlichkeit der Länder. Die bayerische Regierung belege im Interesse des Reiches nicht weniger als im eigenen Landesinteresse die Gestaltung der Gesetze. Sie erblicke in den Eingriffen in die Justiz- und Polizeiherrschaft der Länder eine Vergewaltigung Bayerns, die mit dem Sinne und der Struktur der Reichsverfassung im Widerspruch stehen. Die tiefe Unruhe im bayerischen Volk sei auf die Besorgnis zurückzuführen, daß Stück für Stück der bayerischen Staatlichkeit verloren gehe und schließlich Bayern zu einer Provinz herabgedrückt werden könnte. Das Schubgesetz werde in Bayern energisch und loyal ausgeführt werden. In der Frage der Justizhoheit könne die bayerische Regierung aus Rücksichten der Staatshoheit dem Mehrheitswillen nicht folgen.

Verchenfeld richtete dann an die bayerische Pfalz die Mahnung, keine pfälzische Sonderpolitik zu treiben. Solange der Grundbesitz in Bayern gelte: Bayern im Reich und für das Reich, wäre eine solche Sonderpolitik ein vermessenes Spiel. Völlig unbegründet seien alle Besorgnisse, die in den Maßnahmen der bayerischen Regierung eine Abkehr von dem alten festgehaltenen Grundgesetz der Reichsrechte erblicken wollten. Der Minister spricht das Bedauern der Regierung über das Ausscheiden der Demokraten aus der Regierungskoalition aus und schließt: Die Regierung könne den beschrittenen Weg nur dann verfolgen, wenn sie die Mehrheit der bayerischen Volksvertreter hinter sich habe.

Der Landtag nahm ein von der Bayerischen Volkspartei beantragtes Vertrauensvotum mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei, der Bayerischen Bauernverbände und der Bayerischen Mittelpartei an.

Der „Vorwärts“ sagt, daß der gestrige Abstimmungsstich Verchenfelds nichts anderes bedeute, als die Wiedererweckung des Mahr-Regiments in Verchenfeldscher Aufmachung. Das Blatt glaubt über die Auffassung, die in der gestrigen Beratung des Reichskabinetts zum Ausdruck kam, mitteilen zu können, daß an überstürzten Maßnahmen, wie eine Forderungsbahn der Reichsregierung, nicht gedacht wurde. Der verfassungswidrige Schritt Bayerns soll zunächst mit verfassungsmäßigen Maßnahmen beantwortet werden, und zwar werde sich das Kabinett wahrscheinlich zunächst für die Anrufung des Reichsgerichts laut Artikel 18 der Reichsverfassung entscheiden.

Das „Berliner Tageblatt“ betont: Alle Ausführungen Verchenfelds konnten den engherzigen partikularistischen Standpunkt, von dem der Kurfürst Bayerns seit Jahr und Tag gegen das Reich ausgeht, nicht verhillen. Was heute Bayern tut, könnte morgen Sippe oder Inhalt für sich beanspruchen. Da muß letzten Endes die Einheit des Reiches praktisch negieren. Das Reich hat also die Verpflichtung, herartigen gefährlichen Extratouren einzelner Länder mit allen aus der Reichsverfassung entspringenden Mitteln entgegenzutreten.

Der Münchener Stadtrat nahm gestern einen Dringlichkeitsantrag der Demokraten, Sozialdemokraten und unabhängigen Sozialisten an, in dem die Stellungnahme der bayerischen Regierung gegenüber dem vom Reichstag und Reichsrat beschlossenen Gesetze zum Schutze der Republik bebauert und verurteilt wird. Durch diese Stellungnahme würden ernste Gefahren in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht hervorgerufen, die den schwer erschütterten Volkskörper aufs neue gefährden und in ihren Folgen die Reichseinheit bedrohen. Der Stadtrat erwartet von der bayerischen Regierung, daß sie ihre verhängnisvollen Beschlüsse umgehend zurücknimmt.

Die englisch-französischen Reparationsberatungen

Die „Times“ schreiben in einem Leitartikel, wenn auf Polincars Vorschlag, nach London zu kommen, noch keinerlei offizielle Antwort erfolgt ist, so darf der Grund hauptsächlich in dem Wunsche der britischen Regierung zu suchen sein, die parlamentarischen Arbeiten derart einzurichten, daß die Regierung diesen internationalen Erörterungen volle Aufmerksamkeit widmen kann. Obwohl es wünschenswert ist, daß die anderen Alliierten in die Lage kommen, an den Beratungen teilzunehmen, könnten die zur Erörterung stehenden Fragen nicht länger aufgeschoben werden. Den größten Teil der Aufgabe hat naturgemäß Großbritannien und Frankreich zu erledigen. Wenn sie sich über die Hauptgrundsätze einer gerechten Regelung der Reparationsfrage in Verbindung mit einer Liquidation der interalliierten Schulden einigen können, werden die anderen alliierten Regierungen zweifellos zur Mitwirkung bereit sein.

Die Separatistenbewegung im Rheinland.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Deermann, der einzige gewählte Vertreter der separatistischen rheinischen christlichen Volkspartei und Hospitant der bayerischen Volkspartei, ist auf seiner Partei ausgeschlossen worden, weil er auf dem Föderalistentag in Frankfurt am Main ohne Zustimmung der Parteileitung behauptet hat, daß die christliche Volkspartei von dem Artikel 18 der Reichsverfassung (Volksabstimmung) während der Dauer der Besetzung der Rheinlande keinen Gebrauch machen werde. Die Partei spricht ihm das Recht ab, ferner als ihr Abgeordneter aufzutreten.

Die Merikale Partei, die allerdings im Rheinland nicht über bemerkenswerten Anhang verfügt, will also unter der fremden Besetzung eine staatsrechtliche Aenderung in den Rheinlanden vornehmen. Angesichts des Widerstandes aller anderen Parteien gegen diese Pläne sind die Separatisten allerdings ein einflussloses Häuflein.

Hurra, die Armee!

Stolz wagt die Fahne . . .

In der „Roten Fahne“ schwärmt „Friedrich Seid“ von Rußlands schimmernder Wehr:

Heute ist die Rote Armee eine unüberwindliche Stütze der Sowjetmacht. Heute ist sie der Schrecken aller Mandstaaten. Heute haben auch die großen kapitalistischen Staaten vor ihr allen Respekt. Ja, die Rote Armee ist heute die stärkste Armee der Welt.

Vor dem Krieg und auch heute noch ist es üblich, Armeen miteinander zu vergleichen, indem die Zahl der Mannschaften, der Offiziere, der Kanonen, der Maschinengewehre, der Flugzeuge des einen Staates der entsprechenden Zahl vom anderen Staate gegenübergestellt werden. Ein einfaches Rechenexempel.

Und wir das mit der Roten Armee, so wird sich zeigen, daß sie die zahlenmäßig größte Armee ist, daß ihre Ausrüstung sich mit der anderer Armeen wohl messen kann. Denn Sowjetrußland hat aus eigener Kraft alle notwendigen Waffen für seine Armee geschmiedet, sogar Tanks und Flugzeuggeschwader.

Da es an Blaufreuzbomben gewiß auch nicht fehlt, kann nun niemand mehr daran zweifeln, daß in Sowjetrußland alle Ideale des Sozialismus erfüllt sind.

Das kranke Europa.

Die italienische Regierungskrise.

Der König hat Bonomi auf den Rat des Kammerpräsidenten Vittoia mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Bonomi erklärte, sich dem Wunsche des Königs fügen zu wollen, eine endgültige Antwort behielt er sich aber noch vor.

Ueber die Möglichkeiten eines neuen Kabinetts Bonomi sind die Ansichten der Parlamentarier sehr geteilt. Die Faschisten verhalten sich feindselig, die liberalen Wollitinerer weisen darauf hin, daß die Volkspartei, die das Kabinett Facta zum Scheitern brachte, selber die Krise lösen möge. Dabei nennen sie fortwährend Mebea als den geeignetsten Mann.

Ein neuer Kompromißkandidat in Polen.

In der polnischen Ministerkrise ist insofern eine Aenderung eingetreten, als das Zentrum sich bereit erklärt, sich mit der Linken über die Grundlage für die Bildung eines aus Vertretern beider Gruppen bestehenden Kabinetts zu verständigen. Als künftiger Ministerpräsident wird der frühere österreichische Abgeordnete Dr. Stedkiewicz genannt.

„Glos Marobu“ fordert, daß der Sejm Pilsudski vor Gericht stellt und ihn seines Amtes entsetzt.

„Ministerpräsident“ Koslantsy erhält schon Verdienstkreuz.

Wie „Przeglad Wieczorny“ meldet, hat General Szcepticki Koslantsy durch seinen Adjutanten das Verdienstkreuz mit heraldischen Glanzwünschen überreichen lassen.

Das Blatt meint dazu, Kriegsminister Sosnkowski, der für die Verleihung verantwortlich sei, hätte wissen müssen, daß die Ueberreichung eines militärischen Verdienstkreuzes in diesem Augenblick eine nicht mißzuverstehende politische Demonstration sei. Daß „Ministerkandidaten“ sich untereinander mit Orden auszeichneten, sei eine beispiellose Neuheit. Minister Sosnkowski erniedrige die Bedeutung des Kreuzes, das er manchmal ansteife, nur um sich Freunde zu gewinnen. Habe doch sogar Pfarrer Lutofawski ein militärisches Verdienstkreuz erhalten, für die Schlacht, in der er nie gewesen sei.

Die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse, die sich innerhalb und außerhalb Deutschlands gegenwärtig abspielen, verlangen die intensive Aufmerksamkeit und das geschlossene und wohlüberlegte Handeln der organisierten Arbeiterklasse. Es ist offensichtlich, daß der Krieg und die sogenannten Friedensverträge einen Zustand der Erschöpfung und der fortdauernden Krise geschaffen haben, deren Opfer die Arbeiterklasse und teilweise in noch stärkerem Maße der städtische Mittelstand sind. Mit Kraftworten oder mit gewalttätigen Aktionen wird dieser krankhafte Zustand Europas nicht gemindert werden. Auch mit „grundständlicher Opposition“ wird nichts gehiebert werden. Alle Hoffnung auf Besserung, die nur eine gründliche Umgestaltung bringen kann, beruht heute auf der politischen und wirtschaftlichen Einsicht der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften, deren Voraussetzung ihre Aktionsfähigkeit, also ihre Einigkeit ist. Leider klaffen hier gerade tiefe Wunden.

Die beiden akuten Krisen, die jetzt im Osten und Süden Europas, in Polen und Italien, ausgebrochen sind, bringen weder eine Ueberraschung noch tragen sie in sich die Möglichkeit einer Gesundung.

Polen, das gehätschelte Kind der Alliierten, ist politisch und wirtschaftlich schwer krank. Aus drei Gebietsteilen und vier Nationen zusammengestoppelt, die während eines Jahrhundert und darüber, während der gesamten kapitalistischen Entwicklungsperiode voneinander getrennt waren und wirtschaftlich und kulturell nach drei verschiedenen Zentren aufstrebten, bekam es von den Alliierten als Patengeschenk den imperialistischen Machtwagen. Polen erkrankte als ein Land mit inneren kulturellen und wirtschaftlichen und ohne äußere geographische Grenzen. Nach seiner Seite hatte das neuerstandene Polen bestimmte Grenzen. Unter diesen Umständen war es unvermeidlich, daß die dünne Oberhäutchen von Junkern, Advokaten, Journalisten und politischen Industriemagnaten, die in Polen die politische Herrschaft — wenn auch nicht unbestritten — bekamen, nach einem kurzen Interregnum einer sozialistisch-kleinbäuerlichen Regierung, den Versuch machten, den neuen Staat mit Blut zu füttern, die inneren Gegensätze durch äußere Eroberungszüge auszugleichen. Ueberdies war Polen die Mission zugeteilt worden, gegen Osten und Westen, zwischen Rußland und Deutschland, eine Barriere zu bilden.

Die Kriege gegen die Ukraine, gegen Rußland und Litauen, die Einfälle in Oberschlesien, der heimliche Krieg gegen die Tschechoslowakei, sie waren alle nur eine logische Kette eines im Grunde tragischen Geschehens. Denn diese kriegerischen Verwicklungen brachten das erschöpfte Land immer tiefer in den wirtschaftlichen Verfall. Nur die äußeren Grenzen überall so ziemlich festgelegt und die Zeiten

felegter Verwicklungen vorbild sind, verfuhr die herrschende bünne Oberflächlichkeit, sich durch die Verführung einer Art Diktatur zu halten. Als letzter Feind der kurzen Herrschaft einer proletarisch-kleinbürgerlichen Regierung ist der Staatsrat Bismarck gebildet. Wegen ihm führt die etwas fragwürdige Parlamentsmehrheit seit langem einen erbitterten Kampf. Um ihn zu hütten, hat sie jetzt den politischen Abenteurer Vorant, der und Deutschen sein Unbekanntes ist und besser Veranlassung die Gewähl bietet, das er zu allem zu haben ist, auf den Schild gehoben. Wegen ihm hat die hinter Vorant stehende Parlamentsmehrheit nicht nur eine Art Bismarck, wenn auch nicht an Verlässlichkeit, ihr nur wenig nachstehende Kleinbürgerlich-bourgeoisiere Mehrheit und die Populartät Bismarcks. Die politischen Gewerkschaften mit ihren 5000 Mitgliedern, die sozialistische Partei mit ihrem starken Wunsche in den Industriestädten, haben in diesem Kampfe eine entscheidende Rolle zu spielen.

Aber die Verhältnisse in Italien. Sie haben es dort mit einem alten Kulturvolk zu tun. Das von der Natur ausgleich begünstigt und benachteiligt worden ist. Regiert durch das Klima und fruchtbarsten wenn auch durch labrtaufendliche Politik-Entschlüssen verwickelten. Neben Benachteiligt, weil ihm im Gegensatz der Robie und des Orients beide verlaßt geblieben sind. Diese Umstände zwangen vor dem Kriege ununterbrochen unglücklicher Proletariat, im Auslande ihren Sturz zu suchen, ohne jedoch ihre schöne Heimat aufzugeben. Auf der andern Seite bildete einen wesentlichen Teil des italienischen Auswärtigen die Verfolgung Mittel- und Südsüditalien. Wenn Armut die Ursache der Krieg und nach mehr die Armut verträge haben diese Verhältnisse Italien von Grund auf zertrümmert, ohne neue entwicklungsfähige zu schaffen.

Die politische Krise, die Italien seit drei Jahren fahmlast, ist nur der Reflex dieser wirtschaftlichen Verhältnisse. Es gibt in Italien keine tragfähige Regierungsmehrheit, weil die tiefsten wirtschaftlichen Zustände, die Arbeitslosigkeit, die Unmöglichkeit, für die Arbeiter, die früher in Deutschland, Österreich, der Schweiz usw. Beschäftigung fanden, innerhalb des Landes Arbeit zu beschaffen, die Unmöglichkeit, die alten Arbeitsgebiete wieder zu schaffen, eine steigende Unzufriedenheit in der Bourgeoisie wie in der Arbeiterklasse geschaffen hat. So ist eine Regierung die andere ab, ohne die Krise lösen zu können. Die Chomant der Bourgeoisie, für die der Nationalismus der charakteristische Ausdruck ist, wird ergänzt durch die Chomant der Arbeiterklasse, die sich in inneren Kämpfen zerreißt. Und doch war nie die geschichtliche Entwicklung der sozialistischen Partei allmählich als jetzt, wo sie eine entscheidende Rolle spielen könnte.

Aus der englischen Arbeiterbewegung

Der jährliche Kongress der englischen Arbeiterpartei (Labour Party), welche die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung in einem gemeinsamen Organ vereinigt, endete mit einem Zick der gemäßigten Richtung. Der Kongress war der letzte vor den neuen Parlamentswahlen, und die angenommenen Resolutions bilden gleichfalls das neue Wahlprogramm. Die Resolutions betreffen aktuelle Fragen sowie solche von grundsätzlicher Bedeutung. Die Aufnahme der kommunistischen Partei wurde verweigert, die Eigenschaft bzw. der Titel einzelner Arbeiterführer als königliche Räte (Privy Council) zurückgezogen, ein Antrag auf wesentliche Verabreichung der Renten für die Kriegsanleihen abgelehnt; Neue Beschlüsse kennzeichnen die gemäßigte Stimmung des Kongresses. Wenn die sozialistische „Morning Post“ die Beschlüsse des Kongresses trotzdem als solche bezeichnet, die auf die vollständige Revolutionierung des gegenwärtigen sozialen Systems hinausgehen, so werden darunter die Beschlüsse allgemeinen Charakters gemeint. Auf Antrag der Arbeiterpartei forderte der Kongress die Sozialisierung der Produktion, der Verteilung und des Kreditwesens; und er ging insoweit über die bisherigen Resolutions hinaus, daß er autonome Verwaltung der sozialistischen Betriebe auf Grund demokratischer Kontrolle und mit aktiver Teilnahme der Arbeiter in der Verwaltung forderte. — Eine Resolution will die Forderung der Erziehung des Krankenwesens, der Arbeitslosenunterstützung, Armenpflege hat den Gemeinden dem Staat zur Last legen; außerdem fordert sie die kostenfreie Verhütung

dieser und ähnlicher Dienste. Mehrere Resolutions forderten staatliche Zuschüsse zum Bau von Arbeiterwohnungen. Der Grundgedanke, wonach der Arbeitslose von der Industrie, in der er tätig war, im Falle unverschuldeter Beschäftigungslosigkeit vollständig erhalten werden soll, wurde gebilligt. Endlich sprach sich der Kongress gegen jedwede Koalition oder jeder Koalitionspartei mit bürgerlichen Parteien aus, worunter die Liberalen gemeint waren.

Das englische Unterhaus begann die Verhandlung über die Abänderung des Gesetzes über die Gewerkschaften von 1918. Zweck des neuen Gesetzes ist, die politische Tätigkeiten der Gewerkschaften zu unterbinden. Die Sammlung von Beiträgen für Zwecke politischer Propaganda und Wahlkämpfe soll durch das neue Gesetz außerordentlich erschwert werden. Vor den neuen Gesetzen trat die Reaktion, den politischen Ausschüssen der Arbeiterpartei auf diese Weise entgegenzuwirken. Die reaktionäre Mehrheit des Unterhauses wird den Entwurf ohne Zweifel zum Gesetz erheben.

Die englischen Gemeinden werden durch die Arbeitslosenunterstützung in immer schwererem Maße belastet. Die Arbeitslosen unterstehen nämlich, während die Periode der staatlichen Arbeitslosenunterstützung abgelaufen ist, auf Grund des Armengesetzes noch für weitere fünf Wochen von den Gemeinden unterhalten werden. Im Jahre 1921 kostete diese den Gemeinden die gewaltige Summe von 45 Millionen Pfund. Die Gemeindefiskus müssen demnach in Gemeinden, wo die Zahl der Arbeitslosen besonders groß war, sehr wesentlich erhöht werden. Diese Gemeinden sind ebenso wie die Gewerkschaften fordern nun, daß diese Kosten vom Staat übernommen werden, wodurch eine gleichmäßige Verteilung der Kosten für das ganze Land ermöglicht würde. Der Schatzkanzler hat dies jedoch abgelehnt, da diese Regelung eine Erhöhung der Einkommensteuer um 9 Pence im Pfund notwendig machen würde. Lord George ist besonders darüber unangehalten, daß die Gemeinden auch den verhängenden Kammermitgliedern der streikenden Unterbringung gewährt. Dies gefallt ihm nicht, weil dadurch die Entlohnung von Lohnstreikenden erleichtert wird.

Der verzweifelte Zustand der englischen Bergarbeiter droht mit der Möglichkeit eines neuen Kohlenstreiks für die nahe Zukunft. Hunderttausend englische Bergarbeiter beschäftigungslos, die übrigen nur zwei bis vier Tage in der Woche beschäftigt, ihre Kredite erschöpft, sind sie dem Glend preisgegeben. Die Kosten der Lebenshaltung liegen noch um 50 Prozent, der Lohn der Bergarbeiter, wenn er voll beschäftigt wäre, um 20 Prozent höher wie vor dem Kriege. Die nach dem streik vereinbarte Gewinnbeteiligung der Bergarbeiter hängt in der Luft, da solche Gewinne nach Abzug von allerlei Zinsen und Durchschnittsprofitten für die Unternehmer infolge der gewaltigen Preissteigerung des Kohlenpreises kein Drittel des Preises vom Vorjahr nicht erzielt wurden. Der Tarifvertrag der Bergarbeiter läuft Ende September ab. Der Bergarbeiterverband soll demnach beraten, ob dieser erneuert werden kann. Die Führer raten infolge der schlechten Lage der Industrie und der Gewerkschaft zur Abfertigung. Die verzweifelte Stimmung der Bergarbeiter drängt jedoch zu einem neuen Streik.

Die unglückliche Konjunktur hat einen namhaften Rückgang in der Mitgliederzahl der Gewerkschaften verursacht. Der letzte Ausweis der Gewerkschaftszentrale (General Federation of Trade Union), welche eine große Anzahl von Gewerkschaften umfaßt, berichtet von 1.371.621 Mitgliedern, ein Rückgang von 211.421 gegenüber 1921.

Aufhebung einer Geheimorganisation.

Wie der Polizeipräsident von Altona mitteilt, gelang der Altonaer Polizei vor etwa 14 Tagen die Aufdeckung einer nationalistischen Geheimorganisation. Bis jetzt sind zwei Personen verhaftet worden. Die Akten sind durch den Reichsanwalt in Altona bereits dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik übergeben worden. Den Beamten der Altonaer Fremdenpolizei war aufgefallen, daß außerordentlich viele frühere russische Offiziere nach Altona kamen, um im

Osas Arbeit zu nehmen. Sie geben an, auf Veranlassung eines Mittemeisters haben nach Altona gekommen zu sein. Die Russen sind inzwischen ausgewiesen worden. Mittemeister haben nur im Moskauer Klub, dem des Fürsten Wladimir Weermot, und dem er freundschaftliche Beziehungen unterhielt. Er entsprach mit der Unterbringung der Russen in Altonaer Arbeitsstellen einem Wunsche des Fürsten. haben unterhält und leitet eine Geheimorganisation namens „Mächtige Hand“, die aus früheren Angehörigen seines Kreislauf besteht. Der Polizeibericht veröffentlicht die Statuten dieses Vereins, in denen u. a. gesagt ist, es sei die Hauptaufgabe des Vereins, die deutsche Republik zu stürzen und eine Monarchie zu errichten. haben war am Mapp Putich aktiv beteiligt und gehörte dann der Brigade Erhardt an. Er entfloh nach Ungarn, kehrte nach der Amnestierung zurück und war dann zunächst in der Truppe, hierauf im oberbayerischen Grenzschutz tätig.

Das neue polnische Wahlgesetz.

Am Sejm begann gestern die dritte Lesung der Gesetzesvorlage betreffend die Wahlordnung. Die Vorlage war nach der zweiten Lesung an einen Ausschuss verwiesen worden und dieser hatte eine Reihe von Änderungen beschlossen. U. a. wurde die Zahl der Abgeordneten von 432 auf 440 erhöht, die Zahl der Wahlkreise von 38 auf 54 herabgesetzt. Die Zahl der Sitze im Sejm wurde auf 110 festgesetzt. Ein weiterer Beschluß des Wahlordnungsausschusses sieht als Termin für die Sejmwahlen den 19. Oktober, für die Senatwahlen den 5. November dieses Jahres vor. Nachdem mehrere Redner zu Worte gekommen waren, schritt das Haus zur Abstimmung. Unter den heute angenommenen Artikeln zur Wahlordnung befindet sich der Beschluß, daß die Zahl der Abgeordnetenmandate 440 beträgt.

Das neue von der reaktionären Mehrheit des Sejm beschlossene Wahlgesetz bringt eine arge Verminderung des Wahlrechts für die kleineren Parteien. Der Sejm wollte dadurch nach dem Muster der früheren preussischen Wähler, die Wahl von Sozialisten und Vertretern der nicht polnischen Nationen verhindern.

Nach „Przegląd Włoczkowy“ brachte die Regierung den Antrag ein, der Sejm möge eine weitere innere Anleihe von 270 Milliarden und die Erhöhung der Banknotenumlauf auf 210 Milliarden beschließen.

Deutschnationale Forderungen der Volksrechte.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Erklärung an den Reichspräsidenten Loeb gerichtet, in der sie gegen die Annahme des Memorandums des Garantienkomitees durch die Reichsregierung schärfsten Einspruch erhebt und bemängelt, daß die Reichsregierung die Zustimmung des Reichstags zu diesem Schritt, der wichtigste Souveränitätsrechte preisgibt, nicht eingeholt hat. Die deutschnationale Fraktion verlangt angefaßt dieser Sachlage die sofortige Einberufung des Reichstags.

Der 8. Reichstagsausschuß, der sogenannte Ueberwachungs- und Ausschuss, der den Reichstag während der Ferien vertritt, wird Mittwoch nachmittag zu einer Sitzung zusammenkommen. Auf der Tagesordnung steht laut „Vorwärts“ die Befehlsmassordnung. Es sei jedoch zu erwarten, daß auch die durch den bayerischen Verstoß geschaffene politische Lage besprochen werden wird, insbesondere im Hinblick auf den mehrfach diskutierten Plan, den Reichstag einzuberufen, damit dieser die Rechtsunfähigkeit der bayerischen Verordnungen ausprechen könne.

Trohende Ausdehnung des Seemaschinistenstreikes.

Die dem Transportarbeiterverband in Hamburg angehörenden Seefahrer drohen den Anschluß an den Streik der Maschinisten an, falls die Verhandlungen mit diesem Mittwoch nicht zur Einigung führen.

Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17

271

Von Henri Lehmann

So sah sie Venita durch die Meinung der Mutter gezeichnet, aber ein gutes Gewissen hatte sie doch nicht, wenn sie Frau Walter auf dem Gang begegnete. Und sie bekam von dieser auch selten ein freundliches Gesicht.

„Nur aus zum Nickerchen und Amüßeren“, sagte die Frau von Venita.

Und doch hatte Venita einen Traum, sich zu betätigen, wie es jeder geliebten Jugend unweiblich. Sie wollte etwas tun und etwas erleben.

„Wenn ich in der großen Stadt wäre“, sagte sie zu Marie, „und wenn ich Geld hätte, mir's zu bezahlen, dann stünde ich zu einer berühmten Tänzerin und lernte tanzen und lernte auch ordentlich Hause spielen und singen. Dann wollte ich Konzerte und Tanzabende geben, wie sie manchmal in der Zeitung angekündigt sind. Es sollte den Leuten schon gefallen. Und wenn ich dann Walter's Frau wäre, dann könnte ich Geld für uns beide verdienen, denn er muß nach dem Kriege ja noch lange studieren, ehe er was verdient. Wäre nur ein der Krieg zu Ende!“

„Wäre nur ein der Krieg zu Ende!“ Das war der Wunsch, der aus all dieser Frauenherben widerhallte, matt oder kräftig, je nachdem der Puls in ihren Adern schlug.

Und draußen ging das Verhängnis weiter, nicht achtend der Frauenwünsche und Trauertränen, und was nicht schändlich, das ist es noch unheimlich. Das Verhängnis — und war doch unbewusstes Menschenhandeln, geschahen von weichen her wie — getragen von vielen nur wenige. In am schimmernden Lichte des Unbegriffes hängen, waren in die Speichen greifen und es zum Stillstand bringen konnten, aber sie taten es nicht. Sie hielten das Rad, daß es immer wilder kreiste, und die Frauen weinten hier und anderswo.

Die Frauen weinten und es wurden noch viele Frauen trauern müssen, ehe das Rad stille stand. Viele von den Wanzern, die jetzt Landbauern wurden nicht wiederkehren. Die Männer und die Frauen wußten es nicht. Die weite Straße durch die Gänge des Nachts, und sie sah

vor den Türen der besten Frauen, deren Männer wieder Abschied genommen hatten von Frau und Kindern. Ganze Nächte hindurch sah sie vor Frau Braunsberg's Tür, als müße sie diese besonders beschützen und bewahren, als ohne sie, daß der gutherzige starke Mann nicht wieder heimkommen werde, um seine arme Frau zu trösten und seine Kinder zu trösten. Am ersten Tage, an dem er wieder in Stellung war vor dem Feinde, zerschmetterte ihm eine Kugel das Haupt. —

X.

Ein kurzes Kapitel, in dem Walter Briefe schreibt.

An Venita.

Mein liebes, geliebtes Mädchen! Die Zeit geht hin, und es ist immer noch der gleiche, mitleidlose Schrecken, immer der gleiche. Ich will dir nicht davon schreiben, damit ich deine klaren trohen Augen nicht verdunkeln. Du sollst auch nichts davon wissen, wenn ich wieder heimkomme und bei dir bin. Du sollst mir lachen können, wie der junge unbescheidige Morgen, du mein reines Glück, und auch ich will dann versuchen zu vergessen, was gemeldet ist. Ich will wieder bei dir liegen in der alten Pause in unserm vertrauten Garten und deine klaren Hände halten. Die klaren Sterne sollen über uns sein, und wir wollen von Schönheit sprechen, von Schönheit und von Liebe, von mehr als diesen. Ich lehne mich nach diesen und nach dir, mein ungeschicktes Mädchen, die du mir beides bist. Ich liebe dich Venita.

Dein Walter.

Jeden Tag schickst du ein Mädchen kommen, mein Herz, wenn es trübe geht und ich auch nur ein paar Zeilen aufschreiben darf. Jeden Tag will ich auf Nachrichten mit dir sein und du hast keinen Hauch von einem Tage, an dich denke. Ich bin ein wenig für dich, es auch für dich, und du bist nicht glücklich von Sorgen und Mühen, in Altona du bist trübe, aber ich will es nicht wissen, es ist ein Ende nehmen. Das ist es ein Ende, denn die Stunden wieder einholen, nach dem sie dich nicht be- können müssen, es kann kein Ende sein, es kann kein Ende sein, es kann kein Ende sein, es kann kein Ende sein. Walter

Wir sind jetzt seit einigen Tagen in Altona in einem menschlichen Zeit. Ich habe Fremdenhaft geschlossen mit

einem alten französischen Ehepaar; sie haben ein kleines einem alten französischen Ehepaar; sie haben ein kleines für ihn. Sohn hat der Sohn geheißen, der jetzt fern ist und gegen die „Recher“ kämpft. Der Alte sagt das ganz ruhig. Das Wort ist ihm geläufig, aber er haßt und nicht, er nimmt das Ganze hin als ein unabänderliches Schicksal für sich, für den Sohn, für mich, für uns alle. Ich fragte ihn, was er über Ursachen und Vorwendbarkeit des Krieges denke, ob wir nicht alle vereint und gegen dieses Verhängnis hätten wehren sollen? — Er zuckte die Achseln und meinte zahnlos: „Que voulez-vous, monsieur, c'est la politique.“ Dann glückte er mir ein Glas cidre ein und sagt, er und seine Frau tranken sich, wenn ich käme, denn ich erinnere ihn an seinen Sohn, der habe immer gerade so gern Apfelwein getrunken, ich solle ihm mir schmecken lassen. Das tue ich, und während ich trinke erzähle ich von meiner Mutter und von dir. Es ist schon spät. Schlaf wohl meine Venita.

Dein Walter.

Meine Venita! Meine Geliebte! So bedeutet dein Name, und so nenne ich dich, wenn ich an dich denke, denn du segest mich unbegreiflich mit deiner schönen jungen Liebe. Dieser Segen hilft mir, daß ich mich rein halte. Das ist nicht so einfach hier, denn es ist nur Schrecken und Tod hier draußen, es ist auch Gemeinheit und Schmutz. Wenn wir im Schützengraben liegen, dann ist es damit nichts, — aber wenn wir so in Ruhe sind, . . . Venita, ich denke manchmal: haben denn die andern nicht eine Mutter gehabt, der sie eines Tages ohne Gründen unter die Augen treten wollten? Haben sie nicht ein Mädchen zurückgelassen, das in Unschuld und Jugend auf sie wartet? Wie konnte ich wieder in Frieden deine Hände halten, wenn ich nicht in dir zurückkäme, wie ich von dir geangene bin? Ah müde in Scham vergehen! — Du kannst mir vertrauen Venita, wie ich dir. Das ist ja so schön, so einzig schön. Ich dir voll vertrauen kann, weil du so jung und so klar bist. Du müdest nicht im Alten Staden Altona 17 weichen mit seinen wahnwitzigen Wandern und Wankern. Du müdest ein nettes kleines Haus haben von Blumen und Sonne, — denn du bist ein Sonnenkind, meine Venita, — wäre ich doch bei dir!

Walter.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Nacht keine Angstinkäufe.

Die hinter uns liegenden Tage des bis jetzt größten Marktes haben an allen Börsen eine nicht geringe Aufregung hervorgerufen. Schlimmer aber war noch die Panik, die unter dem Verbrauchern beim Bekanntwerden der unaufrichtigen Steigerung des Dollarkurses ausbrach. Ein kolossaler Ansturm auf Lebensmittel und Gebrauchsgüter setzte ein. Es ist gewiß verständlich, wenn jeder einzelne die erfahrungsgemäß einem Marktschwung folgende Preissteigerung für sich selbst dadurch abzumildern versuchte, daß er sich bemühte, einige Vorräte anzulegen. Dabei wird leider außer acht gelassen, wie wenig damit wirklich der gedachte Zweck erreicht wird. Man überlege doch, durch den unstilligen Ansturm auf die vorhandenen Vorräte — die bei regulärer Abnahme für einen bestimmten Zeitraum gereicht hätten — entstehen in den Läden und Bürgern unvorhergesehene Lücken. Versucht der Handel und auch die Genossenschaften, diese Lücken schnellstens auszufüllen, so werden durch die so entstehende ganz anomale Nachfrage auch die Großhandelspreise schneller und weiter hochgetrieben, als es durch die Verhältnisse tatsächlich bedingt wird. Will der Großhandel oder die Industrie neue Auslandsware hereinnehmen, so muß sie sich dafür mit entsprechenden ausländischen Zahlungsmitteln (Devisen) versehen und zwar gerade zu der Zeit, wo die Kurse derselben in die Höhe gehen und nun durch die neue Nachfrage erst recht sprunghaft gesteigert werden. Bei ruhigerem Verkauf der Dinge hätte man in vielen Fällen einen besseren Kursstand abwarten können. So wirkt sich in großen Wellentritten die Nervosität der Verbraucher aus. Die Folgen machen sich dann schon bei den nächsten Einkäufen bemerkbar. Dürften alle Verbraucher nach wie vor einfach ihren laufenden Bedarf decken, so wäre nur ein verhältnismäßig langsames Anziehen der Preise eingetreten. Nun aber schwenken die Preise sprunghaft in die Höhe, so daß die Hausfrau beim nächsten Einkauf schon mehr draufzahlen muß, als sie vielleicht bei dem letzten übertriebenen hohen Einkauf vor der Preissteigerung ersparte.

Am schlimmsten aber sind die Armen in der Armei daran, die nur von der Hand in den Mund leben und niemals mehr als den notwendigen Bedarf einkaufen können. Sie, die nicht durch die Anlage auch der kleinsten Vorräte die Preissteigerung ein wenig abfangen können, werden durch diese sprunghaften Erhöhungen wie von Keulen geschlagen, hart und unvermittelt, getroffen. Und herzerweichend ist es, wenn man ansehen muß, wie diese armen Leute für das wenige Geld, das sie noch in der Hand haben, auch nicht einmal das Infolge der eingetretenen Preissteigerung ohnehin verminderte Quantum der notwendigsten Mittel haben können, wenn eben die Ware vollständig ausgegangen ist.

Die sprunghaften Preissteigerungen wirken eben wie unmittelbare Strafen auf die Torkelnden, die von der Verbraucherschaft als Ganzer infolge ihrer allzu mangelhaften volkswirtschaftlichen Einsicht immer wieder begangen werden. Leider nur trifft auch hier wieder, wie so häufig, die Strafe neben solchen, die sie verdienten, sehr viele, die unverschuldet dazu gelangen.

Alle einsichtigen Verbraucher aber sollten keine Gelegenheit vorübergehen lassen, auf die schädlichen Folgen des Hamsterens hinzuweisen. Einmaligen kleinen Augenblicksvorteilen stehen die große unmittelbare Schädigung der ärmeren Volksgenossen und der — auch für die Hamsterer selbst — dauernde Nachteil einer durch derartige Panikstimmungen über die tatsächlichen Erfordernisse hinausgetriebenen Preisbildung gegenüber. Nichtsdestoweniger schadet eben nicht nur der Gesamtheit, sondern auch dem einzelnen selbst.

Dabei ist auch ein Wort über das Verhalten der Hausfrauen gegenüber den Wucherforderungen am Platze. In vielen Orten sind die Frauen dazu übergegangen, sogenannte Käuferstreiks zu organisieren. Zeitlich ist das gegenüber den unverschämten Wucherpreisen für leicht verdauliche Lebensmittel, wie Milch, Fleisch, Butter usw., auch von Erfolg gewesen. Es wäre an der Zeit, daß auch die Hausfrauen in Danzig zu einer soliden Abwehraktion übergingen.

Das hat uns noch gefehlt.

Straffreierklärung von Preistreibern.

Unsere Berichte haben bisher noch fast in all den Fällen verlangt, in denen zur Bekämpfung der Feuerung und des Wuchers scharf gegen Preistreiber, Schleichhandel und Höchstpreisüberschreitungen vorzugehen war. Höchstens bei derartigen Vergehens kleiner Leute entwickelte man eine seltene Furcht. Da wo es sich um wirklich ernste gewerbsmäßige Verhältnisse gegen Wucher- und Schleichhandelsgehe handelte, ist man von einer auffälligen Milde. So auch jetzt wieder in folgendem Fall: Der Restaurateur Ignaz Kirchner hatte größere Mengen Butter vom Lande für 82 und 35 Mark das Pfund aufgekauft, während der Höchstpreis 28 Mark betrug. Diese Butter wurde in der Restauration verwandt. Der Geschäftsführer verkaufte von dieser Butter auch an Bekannte. Vom Schöffengericht wurde Kirchner wegen Preistreiberi, Schleichhandels und Höchstpreisüberschreitung zu 8 Tagen Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe und der Geschäftsführer zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen diese noch durchaus milden Strafen legten die Verurteilten Berufung ein. Die Strafkammer, die sich nun erneut mit der Sache zu befassen hatte, kam jedoch zu einer wesentlich anderen Auffassung als das Schöffengericht. Der Geschäftsführer behauptete vor der Strafkammer, daß er beim Weiterverkauf nur den Preis von 28 Mk. genommen habe und von der Butter verkauft hätte, die vorher für 28 Mark eingekauft war. Die Strafkam-

mer hielt es nicht für möglich, diese Behauptungen zu widerlegen und sprach den Geschäftsführer vollkommen frei. Kirchner wurde wegen der Höchstpreisüberschreitung unverkündlicherweise freigesprochen, da er die Butter nicht weiterverkauft, sondern in die Speisen des Restaurants verarbeitet hat. Danach bleibt also jeder, der beim gewerblichen Verkauf Höchstpreise überschritten hat, straffrei. Diese Auffassung des Gerichtes dürfte wohl einzig dastehen, denn bisher ließen bei Höchstpreisüberschreitungen sowohl der Verkäufer wie auch der Käufer Gefahr, wegen Gesetzesüberschreitungen bestraft zu werden. Die hier produzierte Ausnahme ist so auffällig, daß der Staatsanwalt, wenn er seine Befugnisse noch ernst nimmt, unweigerlich Revision gegen dieses Urteil einlegen mußte. Es kommt jedoch noch Schöner. Unstreitig handelt es sich in diesem Falle auch um die gewerbsmäßige Weiterveräußerung der aufgekauften Waren. Wenn also der Höchstpreisübertreter als Käufer auch straffrei gelassen wird, so muß er doch zum wenigsten als Händler, der die Höchstpreise überschritten und sich der Preistreiberi schuldig gemacht hat, bestraft werden. Aber auch da fand das Gericht einen merkwürdigen Ausweg. Nach einer Entscheidung des Obergerichts muß nämlich bei der Weiterveräußerung ein unmittelbarer Gewinn eingetreten sein. Der Gewinn durch den Verkauf der Speisen sei jedoch nur mittelbar und komme nicht in Betracht. Nach dieser Argumentation des Gerichtes mußte die Höchstpreisüberschreitung straffrei bleiben und selbst wegen Preistreiberi, die doch unstreitig vorliegt, erkannte die Strafkammer auf Freispruch. Uebrig ließ die Strafkammer nur das Delikt des Schleichhandels, indem R. die Butter gewerbsmäßig zum Zwecke der Weiterveräußerung angekauft habe. Zum Grund des neuen Gesetzes, nach dem kleine Gefängnisstrafen verwandelt werden können, wurden die vom Schöffengericht festgesetzten 8 Tage Gefängnis in 1000 Mark Geldstrafe umgewandelt und außerdem die 3000 Mark Geldstrafe für den Schleichhandel aufrechterhalten. Das war alles, was in diesem Falle von der gerichtlichen Ahndung dieser die Allgemeinheit so schwer schädigenden Verträge übrig blieb. Die hier zutage ge-

tretene unbillige Auslegung des Gesetzes gegen Höchstpreisüberschreitungen hat heute zwar nur noch theoretischen Wert, da ja Höchstpreise selber nicht mehr bestehen. Die Behandlung dieses Falles vor Gericht zeigt aber, wie furchtbar diese Stellen im gesetzlichen Kampfe gegen Preistreiberi und Wucher verlagert haben und somit einen großen Teil der Schuld daran tragen, daß die Bevölkerung heute so schamlos ausgebeutet wird. Solange die Gerichte die gegen den Wucher gemachten Gesetze ebenfalls derart merkwürdig auslegen, kann es natürlich nicht anders werden.

Die Löhne für Mechaniker und Orthopädiearbeiter werden ab 31. Juli um 40 Prozent erhöht, so daß die Stundenlöhne folgende sind: Gelehrte Arbeiter über 30 Jahre, 1/2-jährliche Tätigkeit im erlernten Beruf vorausgesetzt, pro Stunde 28 Mk.; im ersten Gesellenjahr 17,50 Mk., im zweiten Jahr bis zum vollendeten 20. Lebensjahre 24,50 Mk.; Arbeiterinnen bis zu einem halben Jahr im Beruf 9,10 Mk., bis zu fünf Jahren im Beruf 12,20 Mk., nach fünf Jahren im Beruf 14,70 Mk.

Neuer Lohnvertrag für die Automobilindustrie. Für den Monat August sind für die Automobilindustrie folgende Lohnvereinbarungen getroffen worden: Automotorenarbeiter, Dreher, Schmiede, Klempner, Kupferschmiede, Werkzeugmacher, Schweißer und sonstige Handwerker pro Stunde 32 Mark, angelernte Arbeiter 28 Mk., ungelernete Arbeiter über 18 Jahren 26 Mk., Jungblinde bis 16 Jahre 10 Mk., von 16—18 Jahre 15 Mk., Gesellen im ersten Gesellenjahr 20 Mk., Helferinnen 15 Mark pro Stunde.

Die Eisenbahner-Lohngelei in Polen und Danzig. Der polnische Eisenbahnminister hat an Tagelöhner für Eisenbahnangehörige festgesetzt: für Fahrt von Polen nach Danzig im 1. Lohngrad 150 deutsche Mark, im 2. Lohngrad 185 Mark, im 3. Lohngrad 120 Mark, im 4. Lohngrad 105 Mark, im 5. und 6. Lohngrad 90 Mark, im 7., 8. und 9. Lohngrad 75 Mark, im 10., 11., 12. und 13. Lohngrad 60 Mark, im 14. und 15. Lohngrad 50 Mark. Bei Dienststellen Angehöriger in Danzig im Gebiet der freien Stadt soll die Hälfte der Tagelöhner anerkannt werden. Besondere Ausgaben und elektrische Bahnfahrt werden nicht mitgezählt.

Das Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig.

Der Aufmarsch der Hunderttausend.

Leipzig steht gegenwärtig im Zeichen des 1. Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfestes. Mehr als hunderttausend Fremde sind dazu in 88 Sonderzügen nach der Messestadt gekommen. In den ersten regnerischen Tagen der Woche trafen schon ausländische Delegationen in Leipzig ein, so die Finnen in der Dienstagnacht, am Donnerstag der Genosse Quillevic und der Vorsitzende des amerikanischen Turnerverbandes, sowie die Normweg Delegation. Am dem Empfangstag, Freitag, den 21. Juli, hatte auch der Himmel sein feilliches Gewand angelegt und übergoss die alte Messestadt mit einem goldenen Farbdeton. Auf die Minute pünktlich traf der erste der 88 Sonderzüge aus Jmdan ein. Jubelnd begrüßt von der Leipziger Einwohnerschaft, die sich in einer großen Anzahl in und vor dem Bahnhof angesammelt hatte. In schneller Aufeinanderfolge trafen dann die mit feillichem Grün und mit Stansprüchen geschmückten Sonderzüge aus Deutschland ein. Die Begleitung der Leipziger erreichte ihren Höhepunkt, als um 2 Uhr 18 Minuten der Extrazug der Schweizer Genossen mit über 1000 Teilnehmern eintraf. In wundervoller straffer Haltung marschierten die Schweizer unter den Klängen ihrer Alpenhörner zu ihren Quartieren, begleitet von den Leipziger Turnvereinen und der Jugend. Auch die Hamburger hinterließen einen nachhaltigen Eindruck. Unter Vorantritt von hundert Trommlern, des Trommler- und Pfeiferchor Groß-Hamburg, verließen sie die gewaltige Halle des Hauptbahnhofs und die mächtigen Klänge der Internationale gaben dem Marsch einen ganz besonderen Rhythmus.

Es muß anerkannt werden, daß die Organisation des Empfangs, sowie die Unterbringung in die Quartiere eine ganz vorzügliche war. Es liefen mitunter zu gleicher Zeit drei Extrazüge ein, die auf jedem Bahnsteig mit einer Musikkapelle empfangen wurden. Die Teilnehmer der drei Züge wurden ohne jegliche Störung von den Bahnsteigen hinausgeführt und sofort in ihre Marschrichtung geleitet. Fünf Minuten nach Eintreffen eines Sonderzuges war der betreffende Bahnsteig leer. In den späten Nachmittags- und Abendstunden herrschte vor dem Hauptbahnhof ein fast lebensgefährliches Gedränge, und trotzdem, oder besser gesagt, gerade deshalb, daß die Arbeiterturner die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Abwicklung des Verkehrs übernommen hatten, ging alles reibungslos vonstatten.

Schon in den frühen Morgenstunden des Sonnabendvormittags, zogen die Vereine unter Marschmusik, Trommelklang und Gesang durch die Straßen nach dem Festplatz, auf dem um 8 Uhr mit den Proben der Kreise begonnen wurde. Das Wetter ist ein herrliches Festwetter. Im Laufe des Sonnabendvormittags trafen die Genossen aus der Tschechoslowakei in neun Sonderzügen sowie die französischen und belgischen Genossen ein, so daß gegen 4 Uhr nachmittags der Aufmarsch zum 1. Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfest beendet war.

Die Eröffnungsfeier

Am Nachmittag fand im Zoologischen Garten die offizielle Eröffnungsfeier statt. Der geräumige Saal dieses Etablissements war dichtgefüllt mit den Vertretern der einzelnen Vereine. Eingeleitet wurde die Feier durch das Vorspiel der Meisterlieder von Nürnberg. Im Anschluß daran brachte der Volkschor Leipzig-Thonberg zwei Chorlieder zum Vortrag und anschließend daran die Internationale. Stehend wurde sie von allen gesungen und beim Abschlus-

der letzten Strophen sangen alle Anwesenden vereint „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“. Danach hielt Genosse Gellert die Begrüßungsansprache. Er wies auf die Bedeutung dieses ersten großen Arbeiter-Sportfestes hin. Wer gestern auf dem Bahnhof weckte, und die Ankunft der Extrazüge mit erlebte, der hat ein Bild gesehen, voller Ironie und Herzensfreude. Außer den Bundesmitgliedern sind 15 000 ausländische Genossen und Genossinnen, mit denen uns keine Landesgrenze scheidet, zum Feste geeilt. Der Gedanke der einigenden Arbeiterbewegung ist es, der uns brüderlich zusammenhält. Möge unser Fest mit dazu beitragen, daß in Zukunft Völkermorden, wie erlebt, zur Unmöglichkeit wird. Möge die Parole für den Kampf der künftigen Tage lauten: Vorwärts und aufwärts.

Dann sprach Staatssekretär Genosse Heinrich Schulz als Vertreter des Reichsministeriums des Innern. Er wies auf die Gegensätze hin, die zwischen der alten militärischen Ausbildung und zwischen dem Sport unserer Tage bestehen. Als grundsätzliche Versteher betonte er, daß die Vertreter des Volkssports sich aus freier Entschliebung dem edlen Werte der körperlichen Gesunderwidmen, daß ihr Zweck nicht sei, eine neue Waffe zu schaffen für imperialistische Streitigkeiten. Im Namen der Stadt Leipzig begrüßte Oberbürgermeister Rath das Bundesfest. Für das Gewerkschaftskartell Leipzig sprach Genosse Schilling. Als Vertreter der Arbeiterportinternationale sprach der Sekretär G. Bridoux-Drüffel. Ebenso ergliffen noch das Wort zur Begrüßung der Vorsitzende des Landesverbandes der Tschechoslowakei weiter Genosse Müller-Kunzig für die deutschen Arbeiterturner der Tschechoslowakei. Ebenso sprachen noch ein Vertreter der französischen und norwegischen Arbeiterportler. Alle ausländischen Genossen betonten den Wert der internationalen Zusammenarbeit. Gellert dankte für die warmen Worte der Begrüßung und bedauerte, daß es nicht möglich war, die übrigen Vertreter der 15 Nationen zu hören. Allen rief er das Wort zu: Hin aus an die Arbeit und erfrische damit gleichzeitig das 1. Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest.

Auf dem Festplatz.

Schrittweise nur kommt man vorwärts mit den Hunderttausenden, die das Gelände überfüllen, auf dem die Internationale Buchgewerbeausstellung zu Beginn des Weltkrieges ein so jähes Ende fand. Die große Kuppelhalle und die anschließenden hellen, luftigen Räume sind für Massenbewegung eingerichtet. Die Bundesverwaltung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hat den Verkauf und die Versorgung mit Lebensmitteln in eigene Regie übernommen. Praktischerweise hat man von der Wäckerleischausstellung die Nachbarn stehen lassen. In einem dieser Defen werden täglich für 30 000 Mark Konditoreiwaren hergestellt, die lausend Abnehmer finden. In vier weiteren Defen werden Kuchen und halbstündlich 1200 Stück Brötchen gebacken. Um die Versorgung geordnet durchzuführen zu können, sind in verschiedenen Ausstellungsgebäuden große Restaurationsbetriebe eingerichtet. So ein großes Bierrestaurant für circa 8000 bis 7000 Personen. Dann ein fast gleich großes Café-Restaurant, wo ganz besonders Konditoreiwaren, Kaffee, Tee, Schokolade, aber auch Bier und andere erfrischende Getränke verabfolgt werden, ebenfalls mit großer Küche für warme und kalte Speisen. Ferner ein Weinrestaurant mit Garten, wo sich circa 600 Teilnehmer erholen können und endlich die Turnerküche, wo 20 000 Gäste innerhalb zweier

Wer polonisiert Danzig?

Berfolgt man die bürgerlichen Zeitungen im Freistaat, dann köhnt man dauernd auf Artikel, die in mehr oder weniger grellen Farben die Gefahr der Polonisierung Danzigs und seiner Bevölkerung an die Wand malen. Das oft überschreibt der nationale Schreiber das Maß des Zulässigen; so vor allem unter Anherachtlassung der Tatsache, daß Danzig heute auf Grund der einvertratenen Verhältnisse einen internationalen Charakter erhalten hat, ja, geradezu erhalten mußte. Bei der Beurteilung der Gefahr einer Polonisierung Danzigs darf man aber vor allen Dingen folgenden nicht außer acht lassen: Träger des Deutschtums sind hier nicht eine Anzahl deutschvölkischer Beamten, die im Falle der Gefahr zuerst den gefährdeten Völkern verlassen würden, auch nicht die hier im Uebermaß vorhandenen Wucherer deutscher Nationalität, die unter dem Deckmantel des Deutschtums ihre deutschen Volksgenossen so schamlos ausbeuten, wie es seit langem nicht in Erscheinung getreten ist, sondern Träger des Deutschtums in Danzig sind die Arbeiter und Angestellten, die hier in ihrer engeren Heimat leben. Sie bilden 80 Prozent unserer Einwohnerschaft. Diese Schicht ist es, die auch allein in Pommerellen unter noch schwierigeren Verhältnissen am Deutschtum festhält.

Alle Polonisierungsbestrebungen der Polen müßten in Danzig von vornherein scheitern, wenn unser Senat durch seine Wirtschaftspolitik nicht direkt und indirekt der Polonisierung die Wege ebnet würde. Leider muß festgestellt werden, daß der Senat im Verein mit Industrie und Handel alles tut, um die Erhaltung des Deutschtums in unserer Heimat zu gefährden. Wie soll eine Festigung des Deutschtums hier erreicht werden, wenn auf der einen Seite der Senat in Bezug auf die Entlohnung der Beamten den Grundsatz vertritt, daß hier derselbe Lohn gezahlt werden muß wie im Reich, während er auf der anderen Seite im Verein mit Handel und Industrie den Lohn der übrigen Lohn- und Gehaltsempfänger ganz bedeutend unter die in Deutschland gezahlten Löhne halten will? Die deutsche Arbeiterschaft muß hier wochenlang streiken, um auch nur die bestmögliche Entlohnung zu erlangen, obwohl auf der anderen Seite die Profite der Produzenten und Händler sich ins Ungemessene ausweiten. Hohe Kosten für die Lebenshaltung der erwerbstätigen Bevölkerung und Standesmäßig niedrige Entlohnung derselben geben unserem Wirtschaftsleben das Gepräge. Nirgends herrscht solche Wucherfreiheit, wie in unserem kleinen Staatswesen, und nirgends ist die Freizügigkeit der Arbeiter so unterbunden wie hier.

Seit Monaten erklären die Leiter der hiesigen Industriebetriebe, daß die Betriebe nicht voll ausgenutzt werden können, weil es an tüchtigen Facharbeitern fehlt. Diese kann man aber nicht ans Werk fesseln, wenn man sie nicht genügend entlohnt wenn man ihnen zumutet, wie die Kulis zu leben. Kein intelligenten deutscher Handwerker, dessen Tätigkeit wirtschaftlich oft höher eingeschätzt werden müßte, als die des Beamten, läßt sich auf die Dauer solche Behandlung gefallen. Auch den ungelerten Arbeiter stößt solche Behandlung und Einschätzung vor den Kopf. Daher ist diese Art Wirtschaftspolitik des Senats nur zu sehr geeignet, sämtliche deutsche Facharbeiter aus Danzig hinauszutreiben. In Deutschland herrscht heute große Nachfrage nach denselben.

Diese Wirtschaftspolitik des Senats führt uns also dahin daß die wahren Träger des Deutschtums infolge der niederen Entlohnung gezwungen werden, die Heimat zu verlassen und ihr Best dort aufzuschlagen, wo sie sich und ihre Familien wenigstens einigermaßen ernähren und kleiden können. Durch diese Wirtschaftspolitik des Senats und ihre Folgen zieht dann schließlich auch in die große Masse der ungelerten Arbeiter eine solche Erbitterung ein, daß es ihnen gleich ist, ob sie von den eigenen Landsleuten zum Verleiden gezwungen werden oder von Angehörigen anderer Nationen. Und hier liegt die riesengroße Gefahr für das Deutschtum in unserer Heimat. Einem rechtlosen, ausgebeuteten und der Verleumdung preisgegebenen Volke ist es letzten Endes gleich unter wessen Fuchtel es lebt und darben muß. Die Nation hört dort auf, wo man ihr die Existenzmöglichkeit verweigert oder gar raubt, wie das bei uns von eigenen Volksgenossen geschieht. Die Liebe zur Heimat geht um so schneller unter, wenn die eigenen Volksgenossen durch Wucher und Ausbeutung ihr das Grab graben und die eigene Regierung mit verschränkten Armen diesen Wucher durch Untätigkeit fördert, von dem Gedanken ausgehend: Nach uns die Sündflut.

Der Senat hätte es in der Hand, den Wucher zu unterbinden. Er tut es nicht. Bei allen Schritten, die er unternimmt, fragt er erst die Wucherer, ob es ihnen wehe tun würde, und die Sachverständigenkommissionen sind so zusammengesetzt, daß die Konsumenten mit ihren Vorschlägen unterliegen. Weigert dann die Bevölkerung auf und gibt ihren Unwillen an den Märkten durch Bedrohung der Wucherer kund, erklärt der Senat nicht etwa eine Bekanntmachung dahin, daß den Wucherern mit Beschlagnahme ihrer Waren gedroht wird, sondern er bittet bei diesen Kreaturen um schon Wetter und sichert ihnen durch die Presse zu, daß sich solche Vorfälle nicht wiederholen werden und daß für genügend polizeilichen Schutz gesorgt werden wird. Also Auswucherung der Bevölkerung unter dem Schutze von Polizeitruppen! Und dann wundert man sich darüber, daß die Wucherer immer unverschämter werden. Aber vielleicht erlebt es der Senat doch noch, daß eines Tages die Wucherer durch den Volkszorn von sämtlichen Märkten heruntergesetzt werden. Auf die Dauer hilft hier das Einsetzen von Polizeitruppen nicht mehr. Nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande wird die Bevölkerung von Landwirten und Händlern in verbrecherischer Weise angewuchert.

Auch in den Versammlungen, die ich in letzter Zeit auf dem Lande besucht habe, kam eine grenzenlose Erbitterung der erwerbstätigen Landbevölkerung über die Untätigkeit des Senats gegenüber dem Wucher zum Ausdruck. Die deutschen Landwirte schämen sich dort nicht, von den Einwohnern für ein Pfund Butter 60 Mark zu erpressen. Für die Milch lassen sie sich ab Hof bis 8 Mk. von der Landbevölkerung zahlen. Und diese Wucherer haben Sonntag für Sonntag in den Kirchen und jungen Pöblern zu Ehren Gottes. Wo bleiben die Geistlichen, die Nachfolger jenes Mannes, der einst die Wucherer mit Geißeln aus dem Tempel trieb? Sind sie bereits auch so degeneriert, daß sie nicht wagen, von der Kanakel gegen diese Vampyre der Menschheit loszusagen? Sie wissen, wo sie ihr Haupt hinlegen, sie sitzen in fetten Pfründen und predigen dem armen, geknechteten Volke Geduld und Nachsicht. Dafür erhalten sie dann ihre Hüter und den Haß und Falten die Hände gar wohlgenützig über das heisse Bändlein. Ein Schamgefühl überkommt einem, wenn man schreien muß, daß von den vielen

hundert Geistlichen auch nicht einer den Mut hat, von der Kanakel gegen den Wucherer aufzubegehren. Wie anders haben doch in solchen Zeiten früher viele Geistliche gewirkt? Es waren Männer!

So kann also festgestellt werden, daß der Bevölkerung und dem Deutschtum in Danzig die größte Gefahr von innen, von der Wirtschaftspolitik unseres Senats droht. Sie führt zur Verelendung unserer deutschen Bevölkerung. Sie führt weiter zur Abwanderung unserer Facharbeiter, die hier nicht existieren können, und damit wird der Polonisierung Tür und Tor geöffnet. Die bürgerliche Presse geht an diesen Zuständen schweigend vorüber, sie streicht den Kopf in der Sand. Es ist ja auch leichter, die Gefahr der Polonisierung Danzigs durch die Polen an die Wand zu malen, als den Eiter bei den Dörnern zu packen, das heißt, die Gefahr dort zu erblicken, von wo aus sie am meisten droht. Soll die Abwanderung der deutschen Arbeiter aus Danzig aufgehalten werden und soll der deutsche Arbeiter nicht in aller Bezwungung seine letzten Hoffnungen auf Polen setzen, dann muß der Senat eine andere Wirtschaftspolitik betreiben. Es muß dem Wucher in Landwirtschaft, Handel und Industrie ein Ziel gesetzt werden. Er muß sich dafür einsetzen, daß die hiesige Arbeiterschaft wirtschaftlich nicht schlechter gestellt wird wie in Deutschland, so daß sie existieren kann. Will er dieses nicht und läßt er die Dinge weiter treiben wie bisher, dann wird er in der Geschichte der Welt als der Totengräber des Deutschtums der freien Stadt Danzig verzeichnet stehen. **Abg. Kischewski.**

Schwere Explosions-Deatonationen

erschütterten heute vormittag die Stadt und verursachten ziemlich viel Aufregung, zumal man Veranlassung hatte, an folgenschwere Munitionsexplosionen im Hafen zu glauben. Soweit wir feststellen konnten, handelte es sich jedoch anscheinend um schwere Minenwerferübungen der Schupo in Langfuhr. Man weiß wirklich nicht, welcher Zweck mit solchen Übungen verfolgt wird. Da der Freistaat irgendwelche feindliche Angriffe von außen nicht zu fürchten hat, so scheint man sich auf Rußlandbeziehungen mit irgendeinem „inneren Feind“ vorzubereiten. Man könnte diese Militärspiele der Schupo nur lächerlich finden, wenn sie in Wirklichkeit nicht so außerordentlich ernst wären. Nicht nur, daß die exponierte außenpolitische Stellung des Freistaates dadurch erheblich gefährdet wird, werden auch die unter so schweren Opfern von den breiten Massen aufgetragenen Steuern nutz- und sinnlos in die Luft verpuffert. Wenn das Schupokommando sich über die Unnützigkeit dieser Übungen nicht klar ist, so haben wir doch einen Senator des Innern, der als verantwortlicher Leiter diese gefährlichen Spielereien schleunigst unterbinden sollte.

Sie bleiben extrem deutsch-völkisch.

Die Hauptleitung der Deutschnationalen Volkspartei, Landesverband Danzig, veröffentlicht nachstehende, wie mitgeteilt wird, einstimmig gefasste Entschliessung: Das durch persönliche Gründe, nicht durch sachliche Meinungsverschiedenheiten, (?) herbeigeführte Ausscheiden dreier Abgeordneter aus der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, berührt in keiner Weise die Politik der Deutschnationalen Volkspartei in Danzig. Die Deutschnationale Volkspartei in Danzig wird weiterhin mit sicherer, ruhiger Entschlossenheit ihre großen politischen Ziele verfolgen. Auf dem Boden des Gesetzes stehend, wird sie auch in Zukunft ihren bewährten (?) nationalen, christlichen, sozialen und wirtschaftlichen Grundsätzen treu bleiben; sie bekennt sich auch weiterhin zu ihren deutschvölkischen Zielen und wird demgemäß ihren sachlichen Kampf gegen alle internationalen und deutschen Bestrebungen und für deutsche Art und deutsches Wesen tatkräftig fortsetzen.

Die Deutschnationale Volkspartei im Freistaat behält also, was ja kaum der Bestätigung bedurfte, ihren bisherigen für den Freistaat und seine Bevölkerung so gefährlichen extremen Kurs bei. Für die Arbeiterschaft ein Grund mehr, gegenüber diesen Leuten auf dem Posten zu sein.

Hinterziehung der Grunderwerbsteuer. Der Kaufmann Felix Kowalski in Danzig wurde vom Schöffengericht wegen Hinterziehung von 1040 Mark Grunderwerbsteuer zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Er legte Berufung ein und die Sache kam vor der Berufungsstrasskammer zur Verhandlung. Der Angeklagte kaufte ein Grundstück für den Kaufpreis von 70000 Mark. Für die Berechnung der Grunderwerbsteuer gab er nur den Preis von 57000 Mark an. Es ergaben sich bei der Steuerberechnung Schwierigkeiten, und der Angeklagte machte auch wohl eingesehen haben, daß er bei einem Weiterverkauf großen Schaden erleidet, indem er dann eine um so höhere Wertzuwachssteuer zu zahlen hätte. Nach zwei Jahren machte er deshalb selber Anzeige, daß er damals zu wenig Steuern bezahlt habe. Diese Selbstanzeige konnte ihn aber nicht mehr straffrei machen. Es muß auch auf ein Vielfaches der hinterzogenen Steuer erkannt werden. Die Berufungsstrasskammer konnte nicht mehr tun, als die Strafe auf das Dreifache der Steuer zu ermäßigen, so daß sie jetzt auf 10400 Mark lautet. Eine Warnung für zukünftige Steuerhinterziehungsabsichten.

Schwer bestrafte Viehdiebstähle. Der Stellmacher Wilhelm ELEG aus Ellerbruch hatte sich vor der Strafkammer wegen zweier Viehdiebstähle zu verantworten, die er mit seinem Bruder Karl ELEG gemeinsam ausführte. Der Bruder ist flüchtig und soll sich in Walde in Pöhlen aufhalten. Die Diebstähle wurden sehr raffiniert ausgeführt. Im April wurde nachts bei einem Gutsbesitzer in Langereiche eine Kuh aus dem Stalle gestohlen und im nahen Walde erschossen. Die Nachforschungen des Landjägers nach den Tätern waren schwierig, weil die Spur der Kuh nach einer Entfernung von 350 Metern verloren ging. Die beiden Diebe halten der Kuh Lappen um die Füße gewickelt, so daß die Spur eine andere wurde. Es gelang aber doch, die Täter aufzufinden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch ein gleicher Viehdiebstahl entdeckt, der im Februar 1921 bei einem Händler in Wischn begangen war. Auch diesen Diebstahl haben die beiden Brüder ausgeführt. Die Ange-

klagten hatten außerdem eine Kuh gestohlen, um den Verdacht der Diebstahls von sich abzuwälzen. Der Angeklagte suchte die Tat zu leugnen, das Gericht hielt ihn aber für überführt und verurteilte ihn wegen Einbruchdiebstahls in zwei Fällen zu 8 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust.

Im Bauarbeiterkreis sind nach dem Scheitern der letzten Verhandlungen keine Veränderungen eingetreten. Die Arbeitgeber haben sich bisher nicht dazu angeschlossen können, der Forderung entsprechende Lohnzulagen zu bewilligen. Sie bieten als Spitzenlohn eine Stundenentlohnung von 22 Mark, wobei sie es den Bauarbeitern gütigst gestatten wollen, länger zu arbeiten. Daß ein solcher Vorschlag für die Bauarbeiter vollkommen undiskutabel war, braucht nicht auseinandergelegt zu werden. So die Arbeitgeber strikte ablehnen, zum mindesten den im Tischlergewerbe gezahlten Stundenlohn von 34,70 Mark, zusätzlich eines der Zulagenbeschäftigung der Bauarbeiter entsprechenden Zuschlag nicht anerkennen. Der Streik muß also weitergehen und die Bevölkerung hat es dem Starrsinn und dem Proffstbegehren der Unternehmer zu danken, wenn die Bauaktivität noch weiter still liegt und die Wohnungsuchenden auf das so dringend benötigte Heim warten müssen.

Der amerikanische Dampfer „Zudouehanna“ trifft nach Mitteilung des Norddeutschen Lloyd etwa am 5. August im Hafen von Danzig ein und nimmt bei Reichelstraße die Richtung auf See. Für den Monat August sind für den 12., 18. und 25. Abfahrten des Dampfers „Röwe“ von hier nach Bremen vorgesehen. Am 17. August soll „Röwe“ nach Altona gehen. Die Richtung der „Röwe“ ist Reichelstraße. Der amerikanische Dampfer „Madawan Park“, der im Freihafen liegt, verläßt am 23. Juli Neufahrwasser, um nach Altona, Neval, Vellingfors zu gehen.

Vortrag im Arbeiter-Sängerbund. Anlässlich des zweiten Sängersfestes des Chores Freistadt Danzig im Deutschen Arbeiter-Sängerbund, das am Sonntag, den 30. Juli 1922, im hinteren Garten des Schützenhauses stattfand, ist der in der musikalischen und gesanglichen Berliner Arbeiterschaft bestens bekannte Gesangsdiapologe Prof. Roseberg d'Argento, der zurzeit in Danzig zur Erholung weilt, für einen Vortrag über Gesangs- und Kultur gewonnen worden. Prof. Roseberg d'Argento wird diesen Vortrag am Sonnabend, den 29. Juli, im Schützenhaus, Promenade, nach der um 7 Uhr stattfindenden Generalprobe zum Sängersfest vor den Mitgliedern der dem Arbeiter-Sängerbund angegeschlossenen Vereinen halten. Freuden des Arbeitergesangs können durch Mitglieder eingeführt werden. Der Eintritt ist frei.

Das portugiesische Konsulat in Danzig. Polen hat im Einverständnis mit dem Danziger Senat dem portugiesischen Ehrenkonsul E. Neumann Exequatur erteilt.

Auf der Waldbühne im Guttenberghain wird der „Ritter von Harau“ nur noch heute, Mittwoch und Donnerstag gegeben. Als nächste Neueinstudierung wird ab kommenden Sonntag die Operette „Das Dreimäderlhaus“ zur Aufführung kommen.

Das große Feuerwerk in Zoppot, bekanntlich schon einmal wegen des regnerischen Wetters verlegt, soll künftige Witterung vorausgesetzt, nunmehr morgen, Donnerstag abend stattfinden.

Polizeibericht vom 26. Juli 1922. Festgenommen 2 Personen, darunter: 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen Körperverletzung, 1 wegen Beschpreiherel, 4 wegen Trunkenheit, in Polizeihaft 8 Personen. — Obdachlos 4. — Gefunden: 1 fl. Revolver, 1 Dhring mit grünen Steinen, 1 graue wollelene Pferdebede, 1 roter Stoffgürtel, 1 Notizbuch mit Ausweis für Franz Schloß, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidenten; ein größerer Ister Geldbetrag (deutsch), abzuholen von Herrn Franz Komohinski, Kettorweg 3; 1 Portemonnaie mit etwas Geld, abzuholen von Frau Konstanze Aberneth, Heiligenbrunner Weg 10; 1 Stofftasche mit Ringen enthaltend eine Pantofle, 1 Portemonnaie mit etwas Geld, 1 Buch und Kinderwäsche, abzuholen von Frau Margarethe Urruh, Rastbischer Markt 8; 1 Spazierstock mit einem Metallgriff (Zierkopf), abzuholen von Herrn Julius Wolff, Bahnhofstraße 11, 3 Tr.; 1 gold. Pinzette, abzuholen von dem Schüler Werner Bischer, Sandgrube 6/8; 1 fl. schwarzer Hund, abzuholen von Herrn Simon, Siegelstraße 11. — Verloren: 1 Paß und eine lederne braune Handtasche mit 300 Mark deutschem Gelde für Brumslawa Swick, kowitz, abzugeben im Fundbureau des Polizeipräsidenten.

Marientsee. Verheerende Gewitterregen. Ueber Marientsee, dem schönsten und einem der bestbesetzten Ausflugsorte im Freistaat ging am Sonntag zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags ein außerordentlich schweres Gewitter nieder. Der Regen stürzte in Gestalt eines furchtbaren Wolkenbruchs herab und richtete fürchterliche Verwüstungen an. Eine Pflasterstraße, die von Marientsee nach dem Borwerk Rattinken führt, ist in einer Länge von über 100 Meter total fortgeweht worden, die Steine sind aus ihrer früheren Lage völlig verschwunden, meterhohe Böcher hat das Wasser in die frühere Pflasterstraße gerissen, zentnerschwere Feldsteine sind von den benachbarten Schlägen auf einseitige Pflaster gespült. Der Zufahrtsdamm von der Chauffee nach dem Gut ist abgedröhen und auf der 30 Morgen großen Gutswiese im Dorf steht das Wasser über ein Meter hoch. Die ganze Winterrichtung und zum Teil auch die Sommerung sind wie angewalzt, große Stellen in den Schlägen ausgeziffen, oder mit Erde und Steinen zugestemmt, so daß ein noch nicht übersehbarer Schaden entstanden ist.

Wasserstandsnotizen am 26. Juli 1922.

24. 7. 25. 7.	Kurzbrack	+ 0,70	+ 0,68
Jowisch	Montauespige	- 0,09	- 0,10
24. 7. 25. 7.	Pischel	- 0,00	- 0,00
24. 7. 25. 7.	Dirschau	- 0,12	- 0,14
23. 7. 24. 7.	Einlage	+ 2,32	+ 2,36
23. 7. 24. 7.	Schwenhorst	+ 2,60	+ 2,66
25. 7. 26. 7.	Rogat:		
25. 7. 26. 7.	Schönau D. P.	+ 6,64	+ 6,66
25. 7. 26. 7.	Walgenberg D. P.	+ 4,60	+ 4,62
25. 7. 26. 7.	Neuhorsterbusch	+ 2,00	+ 2,02
25. 7. 26. 7.	Urmach		

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	3,50	am Bortage	8,50
Amer. Dollar:	314	"	500
Englisches Pfund:	2230	"	2200

Bewerkschaftliches.

Verhandlungen für die deutschen Seefahrer.
In Hamburg sind zwischen den Unternehmern der Seefahrer und den Vertretern der Seefahrervereine Verhandlungen über Neuverpflichtung der Seefahrer im Gange. Die Verhandlungskommission der Seefahrer fordert eine Erhöhung des Grundlohns um 8 Mk. pro Stunde, und zwar ab 1. Juli. Nach längerer Beratung erklärten die Arbeitgeber, daß sie infolge der hohen Verderben der Seefahrer nicht in der Lage seien, ein Gegenangebot zu machen, sondern daß die Befreiung einer anderen Jahrszahl überlassen werden solle. An eine Reduktion der Löhne ab 1. Juli sei aber auf keinen Fall zu denken. Der Seefahrer-Verband wird sofort das Reichsarbeitsministerium anrufen. Bestätigt werden muß, daß bei den Verhandlungen verschiedene Seefahrervereine erklärten, auch der Wollage ist erst dann zuzustimmen, wenn die Arbeiter anhaltend 8 Stunden pro Tag, 10 Stunden für denselben Verdienst arbeiten. Dabei werden die Vertriebenen auf die schlechte Verteilung der Arbeiterschaft bei den Abklimmungen hingewiesen. Sie erklärten, daß sie sich nicht bereitfinden, mit den Seefahrern der Arbeitgeber einverstanden zu sein. Die Seefahrer müssen also erkennen, wie die Verhältnisse auf derartige Dinge reagieren und wie sie sich der Arbeiterschaft gegenüber einrichten sind. Will die Arbeiterschaft erfolgreich dem Unternehmertum gegenüber auftreten, so ist es unbedingt notwendig, daß sie sich nicht nur organisiert, sondern sich auch an allen Verhandlungen, an denen sie selbst auch höchste interessiert ist, beteiligt.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik. 610.000 Bergarbeiter streiken, während 187.000 noch arbeiten. Das Schiffsamt teilt mit, daß 40 amerikanische Schiffe, die sich gegenwärtig in europäischen Gewässern befinden, den Befehl erhalten haben, sich auf den Transport englischer Kohle nach Amerika einzurichten. Die betreffenden Schiffe werden monatlich 800.000 Tonnen Kohle verfrachten. Als jetzt sind schon 500.000 Tonnen Kohlen in England bestellt worden. Aus San Francisco wird berichtet, daß etwa 20 Schiffe gechartert wurden, um Kohlen aus Australien nach den Vereinigten Staaten zu bringen. — Die Frage ist nur die, ob die englischen Bergarbeiter und Transportarbeiter, wie auch die australischen Arbeiter, dem amerikanischen Unternehmertum Nebenbedienste erweisen und den amerikanischen

Kohlenarbeitern in den Häfen fallen werden. Ein neuer Infamensakt amerikanischer Streikenden und Staatspolizei wird aus Melbourne, West-Virginia, gemeldet, wobei dreizehn Mann getötet, 20 verwundet und verschiedene Häuser verbrannt wurden. Bei einem Angriff von 800 Streikenden auf eine „open shop“-Brauerei (Betrieb mit Unorganisierten in Wriston im gleichen Bundesstaat) sind 12 von den Angreifern getötet worden und weitere 12, sowie 4 Polizisten verwundet worden.

Städtische Gewerkschaft in Australien. Die drei bedeutendsten Gewerkschaften Australiens haben sich zu einer Einheitsgewerkschaft zusammengeschlossen: der Australische Arbeiterbund, der u. a. die meisten Arbeiter der Land- und Weidewirtschaft umfaßt, der Verband der Kohlenarbeiter und der Transportarbeiter-Verband, die insgesamt 200.000 Mitglieder zählen. Der neue Einheitsverband setzt sich aus fünf Industriezweigen zusammen. Davon befinden sich im Australischen Arbeiterbunde bisher schon drei, die Gruppen der Land-, Bau- und Fabrikarbeiter, während jetzt für Weinbau und Transportwesen neue Gruppen geschaffen wurden. Die neue Organisation setzt sich zum Ziele: das Arbeitslohn zu heben, die Lebenslage und Verhältnisse der Mitglieder zu verbessern, die Mitglieder aufzuklären und eine Organisation aufzubauen zu dem Zwecke, den Kapitalismus zu beseitigen und an seine Stelle das Gemeineigentum an den Mitteln der Erzeugung, der Verteilung und des Tausches zu setzen mit Hilfe revolutionärer Aktion auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete.

Kleine Nachrichten.

Ausgabe polnischer Kunstschätze durch die Sowjets. In Erfüllung des Friedensvertrages von Riga gibt jetzt die Sowjetregierung die nach der dritten Teilung Polens verschleppten Kunstschätze heraus. So ist jetzt eine Sendung mit kostbaren Möbeln aus den Warschauer Königschlössern nach Warschau abgegangen. Schwierig war die Herausgabe der prachtvollen Gobelinmalmung zu erreichen, die seit dem 16. Jahrhundert Eigentum polnischer Könige war. Am kostbarsten ist eine Serie, „Die Sintflut“, die sich zeitweilig in Lönau befunden hat. 1794 kam die 19 Stücke umfassende Sintflut-Serie teils nach Waischna, teils in den Moskauer Kreml, wo sie durch Verschneiden übel zugerichtet wurde.

Ungarisch-russischer Gefangenenaustausch. Ein Transport von 28 gefangenen ungarischen Kommunisten traf am Montag in Begleitung tschechischer Postbeamten in Berlin ein. Der Transport bestand aus ehemaligen ungarischen Offizieren, Polizei- und Regierungsbeamten und Arbeitern, die über Stettin nach Riga weitergeleitet werden. Sie waren nach dem Sturz der Regierung Bela Kun zu Freiheitsstrafen verurteilt worden und sollen nun gegen andere in Rußland gefangen gehaltene ungarische Offiziere ausgetauscht werden. Der Austausch erfolgt auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Sowjet- und der ungarischen Regierung.

Mit dem Schwimmbad über den Ozean. Die holländischen Seeschleppdampfer „Waldemar“ und „Willem van Rensda“ haben den Auftrag, ein 4000 Tonnen großes Schwimmbad nach Argentinien zu schleppen. Sie sind am 10. Juni von Embden mit dem Dock im Tau abgedockt und haben bereits am 16. Juli St. Vincent passiert. Die Entfernung von Embden—St. Vincent beträgt 2800 Seemeilen. Diese Fahrt ist ohne Unterbrechung in 26 Tagen zurückgelegt worden. Der Schlepplohn des Schwimmbads von Embden nach Buenos Aires beträgt 100.000 Mk. Man rechnet diese Summe einmal in deutsches Papiergeld um.

2. Weltsprachkongress. Für die Weltsprache Ido (wissenschaftlich präpariertes Esperanto) findet vom 5.—9. August in Dessau der 2. Weltsprach-Kongress statt. (Im vorigen Jahre war er in Wien.) Eine große Anzahl Vorträge wie Teilnehmer sind schon angekündigt. Die Leitung hat Vondagspräsident Gen. Heinrich Feuß, Dessau.

BORG



Verantwortlich für Politik Ernst Loops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, Danzig; Interate Anton Sooker, Danzig. Druck von J. Gehl u. Co., Danzig.

Wilhelm-Theater
Langgarten 31.
Heute, Mittwoch, den 26. Juli
Anfang 8 Uhr
Der blonde Engel
Operette
Donnerstag, den 27. Juli:
„Der blonde Engel“
Vorverkauf in 5 Wochen bei: Freemann, Kühlenmarkt 11 u. 12 bis 44 bis 11 Uhr

Fahrräder
sehr preiswert!
Fahrradmantel, prima 280.—
Fahrradmantel, extra prima 290.—
Reibringmantel 340.—
Schlauch, prima 80.—
Schlauch, extra prima 90.—
Sämtliche Fahrradartikel billig!
Bernstein & Comp., G. m. b. H., Danzig, Langgasse 50.

Robert Ehmann
Altstädter Graben 3
erben der Tabakfabrik M. A. Hasse
Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Weißwaren
Anfertigung eleg. Herrengarderoben nach Maß
Damen-Kostüme und Mäntel.
Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen.

Bahn-Kranke
werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.
Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.
Zusatz für Zahnleidende
Telef. Weißerstadt 71 2621
Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

Mitgliederversammlung
der stillen Gesellschafter d. Firma Volkswacht J. Gehl & Co.
am Mittwoch, den 2. August, abends 6 Uhr in den Geschäftsräumen der „Volkswacht“.
Tagesordnung:
1. Bericht über das Geschäftsjahr 1921-22.
2. Verteilung des Reingewinns.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.
Die Geschäftsleitung.

Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
nur Lawendelgasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle). 1438

Neuerscheinung:
Die proletarische Revolution und ihr Programm
von Karl Kautsky
Preis 100 — Mark
Buchhandlg. Volkswacht
Am Sprenghaus 6 und Paradiesgasse 32.

Bürgerl. Privatmittagstisch
Hakelwerk 10
Junger Schäferhund
10 Wochen alt, umständehalber zu verkaufen. E. Pinne, Hohe Seigen 35, 2 Tr.

Deutsches Holzport-Geschäft
sucht für die Danziger Filiale
einen Lehrling
mit guter Schulbildung. Bewerbungsschreiben unter E 395 an die Expedition der Danziger Volksstimme.
Sucht per sofort oder später einen
Laden
in verkehrreicher Straße in Danzig zu pachten oder zu kaufen. Ang. u. E 394 a. d. Exp. Volksst.
Zimmer gesucht! Jung. Mädchen (Partei-genossin) beruflich tätig, sucht einfach möbliertes Zimmer. Angeb. u. E 399 an die Exp. d. Volksst. (f)

Jurist-Mechaniker und
Ingenieur für Licht u. Kraft sucht Stellung. Ang. u. E. 455 an die Exp. Volksstimme. (f)

Gelehrter
Maschinenkloster
sucht passende Stellung
als Chauffeur
habe Führerschein 3 b. Angebote unter E. 449 an die Exp. Volksst. (f)

Schwer-
kriegsbeschädigter
sucht leichte Beschäftigung als Bote, Pflanzler o. dgl. Ang. u. V. 438 Exp. Volksst.

Arbeiter
sucht Beschäftigung, auch jed. Landarb. wird gemacht. Ang. u. V. 457 an die Exp. der Volksstimme. (f)

Jüngeren Schuhmacher-
geselle, stellt sofort ein. Steinko, Zoppot Südstr. 33. (f)

Invalide
sucht Stellung als Wächter. Angebote unter E. 444 an die Exp. der Volksstimme. (f)

Ordentlicher
Bäckerlehrling
gesucht
Ecklerstraße Nr. 34 (6960)

Lehrstelle
gesucht für meinen Sohn mit guten Schulkenntnissen. Angebote unter E. 458 a. d. Exped. d. Volksstimme. (f)

Junger Mann
sucht Stellung als Lehrling bei Bäcker od. Landwirt. Angebote unter E. 466 an die Exp. d. Volksstimme. (f)

Stenotypistin
evtl. a. Anfängerin, sowie
junger Dame
für schriftliche Arbeiten per bald gesucht. Ang. unter E. 447 an die Exp. Volksstimme. (f)

Verkäuferin
Ang. mit Zeugnisabschr. unter E 408 a. d. Exp. der Volksstimme. (f)

Aufwartestelle
sucht junge Frau für 2-3 Stunden vor- oder nachm. Angeb. an E. 467 an die Exped. d. Volksstimme. (f)

Kindeslebes
junges Mädchen
das schon in ähnlicher Stellung gemein ist, zu einem Kinde von 2 Jahr. Zeugnis erwünscht. Ang. unter E. 456 an die Exp. Volksstimme. (f)

Aleine Wohnung aus
Stube und Küche gegen größere Wohnung zu tauschen gesucht. Ang. unter E. 418 a. Exp. Volksst. (f)

Stube, Küche, Boden
tauschen gegen andere Wohnung. Ang. unter E. 419 a. d. Exp. Volksstimme (f)

Wohnungstausch.
Möchte meine am Bichsberg gelegene Wohnung (2. u. 3. St.) gegen eine Stube, Küche, großes Entree, Hof und Stall, alles voll, gegen größere Wohnung tauschen. Ang. unter E. 425 an die Exp. Volksstimme. (f)

Alleine Wohnung aus
Stube und Küche gegen größere Wohnung zu tauschen gesucht. Ang. unter E. 418 a. Exp. Volksst. (f)

2 Zimmer
mit Küchenbenutzung sofort zu mieten gesucht. Angeb. mit Preis unter E. 465 an die Exp. der Volksst. (f)

Junges Mädchen sucht 3. 1. 8. einfach möbl. Zimmer mit bes. Eingang. Angeb. m. Preis unter E. 463 an die Exped. d. Volksst. (f)

Gr. Wohnung
zwangswirtschaftsfrei gel. Angebote mit Preis unter E. 450 an die Exp. Volksstimme. (f)

Besser. Handwerker sucht inf. möbl. Zimmer. Ang. u. E. 468 Exp. Volksst. (f)

Jungere Dame
für Schreibmaschine und Stenogr., in den Abendstunden gesucht. Angebote unter E. 450 an die Exp. Volksstimme. (f)

Junge Sekretärfrau sucht Beschäftigung für d. Woche. Angebote erb. unt. E. 449 an die Exp. Volksst. (f)

Suche zum 1. ostl. 15. 8.
Stelle als Wirtin in frauenlosem Haushalt in Danzig oder Umgegend. Angebote unter E. 448 an die Exp. Volksst. (f)

Älteres Ehepaar sucht Portierstelle nebst Wohnung. Angebote unter E. 445 an die Exp. der Volksstimme. (f)

Gebore
Schürzenmädchen
für Heimarbeit können sich Donnerstag von 9—2 Uhr mit Probearbeit melden.
Michaelson
Fischmarkt 5, 3 Tr. (6961)

Laden gesucht
ev. gegen Abstand, bevorzugt. Angebote, Dämme, Markthalle, Hakenberg. Ang. u. E. 413 a. d. Exp. Volksst.

Kaninchen
jedes Alter werden gek. Angebote mit Preis und Stückzahl unter B 411 a. d. Exp. Volksst. (6955)

Großer Ackerwagen mit Verdeck, Gummiüberzug zu kaufen gesucht. Ang. unt. 430 a. d. Exp. Volksst (f)

Gummimantel
zu kaufen gesucht. Ang. mit Preis unter E. 398, an d. Exp. Volksstimme (f)

Gebr. Herrenkleider
aller Art zu kaufen gesucht. Ang. unter E. 397 an die Exp. d. Volksstimme. (f)

Brautleute
suchen gebrauchte, aber gut erhaltene Möbel und Einrichtungsgegenstände zu kaufen. Angebote unter E 398 a. d. Exp. Volksst. (f)

Sofa zu kaufen gesucht. Angebote unter E. 429 an die Exp. Volksstimme.

Eine Zimmerkiste
mit Handwerkzeug zu verkaufen. Schäffelmann 27, 2 Tr. (Borkowski). (f)

Gebr. Herrenschmähmaschine
zu verkaufen. S. Damm 14 Hinterhaus 1 Tr. 1 (f)

Ein Bankbettegestell u. einen geb. Wasserschrank zu verkaufen. Hühnerberg Nr. 2. (f)

Bücherstanz
hat preiswert abzugeben. Angebote unter E. 433 Exp. Volksstimme. (f)

Eisernes Akerbett mit Matratze und Keilkissen zu verkaufen. Wo sagt die Exped. d. Volksstimme. (f)

Bauernfleisch
stark und gut erhalten zu verkaufen. Angebote unt. E. 459 an die Expedition der Volksstimme. (f)

Billige und moderne Herren- u. Damen-Anzüge u. Kostüme
Schmiedeg. 16, 1 Tr. Abramowski. (f)

Kleine Fuhrer Umzüge
macht Katergasse 21, 2 Tr. Frau bittet

Waschkelle
Köpergasse 2, 2 Tr. (f)

Welche Firma
gibt Stoffe und fertige Anzüge in Kommiss. Groß. Lagen vorhnd. Ang. unter E. 388 a. d. Exp. Volksstimme. (f)

Als Schneiderin
empfiehlt sich
Frau Brandt, Tobiasg. 8

Robberstein,
regalfrei, Eisenblech kauft
J. Schmidt,
Breitgasse 69, 2. (6503)
Eigene Bernsteinschlifferei

Genossen, Leser, Gesinnungsfreunde
Geschäfte,
die nicht in Eurer Zeitung inserieren, verzichten auf Eure Kundenschaft! Berücksichtigt daher bei Euren Einkäufen nur die
Zufernenden der „Danziger Volksstimme“.